



Zur aktuellen Situation in der Pflegekammer

Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen in den Diakonischen Werken in Niedersachsen (agmav)

Vor Einführung der Pflegekammer, per Gesetz beschlossen vom Niedersächsischen Landtag mit den Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, hat sich die *agmav* gegen die Errichtung derselben ausgesprochen. Begründet hat sie dies vor allem damit, dass die Pflegekammer nicht die wahren Probleme der Pflege (niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen etc.) wird verbessern können, da sie nur Anforderungen an ihre (Pflicht)-Mitglieder stellen darf.

Die *agmav* hat versucht, Widerstand gegen die Pflegekammer zu organisieren. Dies ist nicht gelungen, weil betroffene Pflegekräfte - aus welchem Grund auch immer - nicht die erforderlichen Schritte für eine mögliche Verhinderung der Pflegekammer ergriffen haben bzw. ergreifen wollten. So hatten die zwei damals initiierten Onlinepetitionen - für und gegen die Pflegekammer - mit je ca. 1300 UnterstützerInnen - keine breite Basis gefunden.

Interessen der Beschäftigten im Blick

Nachdem der Landtag das Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer bewilligt hatte, beschloss der *agmav*-Vorstand, eine Liste zur Wahl in die Pflegekammer zu unterstützen. Hiermit soll sichergestellt werden, dass die Interessen der in diakonischen Einrichtungen beschäftigten Pflegekräfte und ihrer Interessenvertretung möglichst gut vertreten sind.

Die gewählten Kandidaten dieser Liste bildeten nach der Wahl eine Gruppe mit den gewählten Kandidaten der ver.di-Liste.

Pflichtmitgliedschaft und Pflichtbeitrag

Die Beitragsbescheide und die Kommunikation derselben wurden mehrheitlich als sehr ungeschickt empfunden. Allerdings wäre es zu einfach, dies allein den ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der Kammerversammlung anzulasten. Sie verfolgten mit der Beitragsordnung das Ziel der Beitragsgerechtigkeit, so dass auch die wenigen besser verdienenden Pflegekräfte einen entsprechenden Beitrag zahlen müssen. Beim gewählten Verfahren, Beitragsbescheide direkt mit dem Höchstbeitrag zu versenden, folgten sie dem Rat von Juristen.

Politik in Verantwortung

Wir empfinden es als ausgesprochen unfair, dass die Sozialministerin so getan hat, als hätte sie von der Beitragsordnung und dem gewählten Verfahren erst aus der Zeitung erfahren, zumal VertreterInnen des Sozialministeriums immer mit am Tisch saßen. Dies ist ein mieser politischer Stil und festigt unsere Meinung, dass 'die Politik' das 'Problem Pflege' möglichst billig abschieben will. Rund 45.000 Menschen haben eine Petition unterstützt, die die Abschaffung der Pflegekammer fordert. Etwa 3000 Menschen haben für die Abschaffung demonstriert.

Befragung notwendig

Die *agmav* begrüßt ausdrücklich, dass sich die Pflegekräfte nunmehr für ihre eigenen Interessen einsetzen. Allerdings ist auch jetzt nicht eindeutig, wie die Pflegefachkräfte über das Thema Pflegekammer denken.

Wir fordern deshalb, dass der Gesetzgeber bei der im Koalitionsvertrag vereinbarten Evaluation eine Befragung aller registrierten Pflegefachkräfte durchführt. Dabei soll erfragt werden, wie zufrieden die Pflegefachkräfte mit der Arbeit der Pflegekammer sind und ob sie die Pflichtmitgliedschaft für sinnvoll halten.

Mit der Befragung muss ein professionelles Umfrageinstitut beauftragt werden, damit das Ergebnis über jeden Zweifel erhaben ist.